

JAHRESBERICHT 2006



Das Wirtschaftsjahr 2006	4
Vernehmlassungen und Abstimmungen	8
Verbandsaktivitäten	16
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	20
Jahresrechnung 2006	22
Revisorenbericht 2006	24
Verbandsorganisation 2006	26
Zum Gedenken an Dr. iur. Hans Andrea Tarnutzer	30

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2006



Weltwirtschaft 2006

Die Weltwirtschaft ist 2006 kräftig gewachsen. Sie profitierte von insgesamt günstigen Rahmenbedingungen. Während die konjunkturelle Expansion in den USA gegen Jahresende etwas abflachte, blieben die Wachstumskräfte in den EU-Staaten solid. Insbesondere in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, hat sich die konjunkturelle Gangart beschleunigt. International ein wichtiger Motor blieb China, und in Japan ist der wirtschaftliche Konsolidierungsprozess so weit fortgeschritten, dass mit einer weiteren Belebung gerechnet werden darf.

Das Wirtschaftsjahr 2006 in der Schweiz

Die Schweizer Wirtschaft übertraf am Jahresende alle für 2006 gemachten Prognosen zum Teil deutlich. Die Konjunktur verlief mit einem Realwachstum von 2,7 Prozent positiv und war breit auf den Konsum, die Investitionen und den Export abgestützt. Die wichtigsten Exportbranchen verzeichneten ein Absatzplus zwischen 9 und 14 Prozent. Erfreulich verlief auch das Tourismus-

jahr mit einem Zuwachs der Übernachtungen von 5,6 Prozent (November bis Oktober). Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist hoch. Die Ertragsituation hat sich in den meisten Branchen günstig entwickelt. Die Beschäftigung weist nach oben und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent seit 2004 rückläufig. Trotz der dynamischen Konjunktur und den gestiegenen Energiepreisen ist es als Folge des starken Wettbewerbs im Zug der Globalisierung an der Preisfront ruhig geblieben. Die mittlere Inflationsrate betrug 1,1 Prozent. Damit weist die Schweiz seit 2004 eine anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung auf. Dieses günstige Umfeld hat auch die Börse kurs- und umsatzmässig weiter stimuliert.

Das Wirtschaftsjahr 2006 in Graubünden

Auch Graubünden profitierte von der globalen Konjunkturerholung und entwickelte sich 2006 so dynamisch wie seit 1990 nicht mehr. Das kantonale **Bruttoinlandprodukt** ist im letzten Jahr **um 2 Prozent gewachsen**. Mit der Exportindustrie als eigentlichem

Wachstumstreiber waren daran fast alle Branchen beteiligt.

Die **Arbeitslosenquote** sank 2006 auf 1,8 Prozent und liegt damit fast ein halbes Prozent unter dem Vorjahr und deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 3,3 Prozent.

Von den im Berichtsjahr insgesamt an Unternehmen in Graubünden erteilten 17 324 **Bewilligungen für ausländische Arbeitskräfte** entfielen 9 208 an Kurzaufenthalter EG, 3 084 Kurzaufenthalter unter vier Monate, 286 an Jahresaufenthalter, 2 998 an Grenzgänger, und 1 702 für Verlängerungen, Umwandlungen, Stellen-, Berufs- und Kantonswechsel sowie 46 für selbständig Erwerbstätige.

Die Gesamtzahl der **Lehrverhältnisse** ist stark angestiegen. Insgesamt absolvierten 5 622 Personen eine Lehre. Im Berichtsjahr wurden 1 864 Lehrverträge abgeschlossen, 409 wurden aufgelöst.

Handel, Industrie und Gewerbe

Die globale Wirtschaftsentwicklung beflügelte auch die **exportorientierten Firmen** aus den Bereichen Maschinen, Apparate und Elektronik, welche dank der anhaltend starken Nachfrage aus Asien ihre Umsätze zum Teil stark ausweiten konnten.

Ebenfalls vom starken Export profitierte die **Ems-Chemie AG**. Das Unternehmen erzielte 2006 einen um 11,4 Prozent höheren Umsatz sowie ein um 14,4 Prozent höheres Betriebsergebnis, vor allem durch die Mengensteigerung im Bereiche «Polymere Werkstoffe».

Die **GKB** konnte den Konzerngewinn um 18,9 Prozent auf 89,7 Mio. Franken steigern und das Geschäftsvolumen um 8,5 Prozent ausbauen. Aus der Gewinnverteilung sind dem Kanton Graubünden Dividenden von 57,2 Millionen und für die Abgeltung der Staatsgarantie von 2,2 Millionen Franken zugeflossen. Zudem erhielt der Kanton Graubünden durch die Rückzahlung von 20 Millionen Dotationskapital eine einmalige Ausschüttung von knapp 120 Millionen Schweizer Franken.

Auch **Würth International AG** konnte 2006 erneut mit einem Umsatz- und Gewinnrekord abschliessen. Der Zentraleinkauf für Europa in Chur steigerte den Umsatz um 9,4 Prozent. In Chur waren 328 Mitarbeitende tätig.

Die drei exportorientierten **Trumpf-Unternehmen** verzeichneten im Geschäftsjahr 2006/07 erneut eine positive Entwicklung. Der Umsatz stieg um 23 Prozent, der Auftragseingang erhöhte sich um 28 Prozent. Alle drei Unternehmen trugen zum Wachstum bei durch anhaltenden Erfolg der Laser-Flachbettmaschinen und der Laserbeschriftungs-Systeme sowie der

erfolgreichen Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte.

Die **Südostschweiz Mediengruppe AG** erzielte bei einem Umsatz von 124 Mio. Franken ein Betriebsergebnis von 4,8 Mio. Franken. Das schlechtere Gesamtergebnis hat seinen Grund in den Vorlauf- und Anlaufkosten der «Südostschweiz am Sonntag» sowie in der Verlegung des Zeitungsdruckstandortes nach Haag. Die Anzeigen Erlöse stiegen in der Südostschweiz Presse AG um 1,7 Mio. Franken, in der Südostschweiz Publicitas um 1,8 Mio. Franken oder 8,7 Prozent. Die Abonenteneinnahmen erhöhten sich um 3,5 Prozent. Sämtliche Firmen konnten ihre Umsätze steigern.

Dank der Lancierung von Calanda Bier als nationale Marke verzeichnete **Heineken Schweiz** starke Wachstumsraten und entwickelte sich klar gegen den rückläufigen Trend im Schweizer Biermarkt.

Die seit Oktober 2005 wieder in Bündner Besitz stehende **Allegra Passuger Mineralquellen AG** ist auf bestem Weg, Passugger als Premium-Marke zu positionieren.

Die **Trockenfleisch-Produzenten** waren einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt. Vorab aus Italien gelangten zusätzliche Mengen von Rinds-Trockenfleisch und von Rohschinken auf den Schweizer Markt. Der Inlandabsatz von Bündnerfleisch ging deshalb im Jahr 2006 um rund 4,6

Prozent zurück. Indessen konnten die mengenmässig ohnehin bedeutenden Exporte von Bündnerfleisch gegenüber dem Vorjahr um rund 8,3 Prozent gesteigert werden. Für die Zukunft wird eine Anpassung der Schweizer Rohstoffpreise an jene der umliegenden Nachbarländer unumgänglich sein.



Der **Bündner Autohandel** entwickelte sich gegen den Landestrend. Schweizweit wurden 3,9 Prozent mehr Personenwagen verkauft, im Kanton Graubünden gingen diese um ein halbes Prozent zurück.



Der **Detailhandel** profitierte von der Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und dem wieder erstarkten Tourismus. Trotz anhaltendem Margendruck erzielten die Bündner Detaillisten einen Zuwachs bei der Wertschöpfung von gut 1 Prozent.

Tourismus

Die Logiernächte der **Bündner Hotels** übertrafen erstmals wieder das hohe Niveau des Jahres 2003. Insgesamt erzielte die einheimische Hotellerie in der Saison 2005/2006 mit total 5 681 673 Logiernächten ein Plus von 2,55 Prozent. Die starke einheimische Nachfrage und die nach langer Durststrecke wieder positiven Zunahmen bei den Gästezahlen aus Deutschland stärkten die Tourismuswirtschaft.

Die **Rhätische Bahn** hat 2006 die Weichen für eine sichere Zukunft gestellt. Im Personenverkehr wurde das Budget in allen Segmenten übertroffen, im Einzelreiseverkehr um 0,6 Prozent. Mit einer Stärkung des Vertriebs im Reiseverkehr und der Übernahme von Aufträgen für Drittfirmen, insbesondere auch den Dienstleistungen der RhB-Werkstätten, sichert sich die «Kleine Rote» zusätzliche Einnahmequellen.

Mit einer leichten Steigerung der Umsatzzahlen gegenüber dem Vorjahr konnten die **Bergbahnen** in Graubünden mit den Geschäftsabschlüssen 2006 zwar den Fünfjahresschnitt übertreffen, jedoch nicht die Zahlen von 2004 erreichen. Zu einem Drittel wurden die Umsätze mit Gastronomie/Nebenbetrieben und zu zwei Dritteln bei den Bahnbetrieben erwirtschaftet, wovon 95 Prozent des Gesamtumsatzes auf das Wintergeschäft entfielen.

Energiewirtschaft

Rund die Hälfte der 1007 Erwerbstätigen in der Graubündner Energiebranche arbeiten für die **Rätia Energie**. Diese steigerte die Gesamtleistung massiv um 97 Prozent von 877 Mio. auf rund 1,7 Mia. Franken. Der Energieabsatz hat mit 16 635 GWH Strom um 61 Prozent zugenommen, dies vor allem aufgrund 42 Prozent höherer Volumina im Handelsgeschäft bei gleichzeitig gestiegenen Preisen. Zum starken Wachstum beigetragen haben das

Umsatzplus in Italien, verstärkte Handelsaktivitäten und die gestiegenen Energiepreise. Die eigene Stromproduktion konnte trotz geringeren Niederschlägen um 240 Prozent auf 857 GWh erhöht werden.

Bauwirtschaft

Der Trend in der Bündner Bauwirtschaft war 2006 rückläufig. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau, welche mehr als ein Drittel der gesamten Bautätigkeit in Graubünden ausmachen, gingen im ersten Halbjahr um 9.5 Prozent zurück. Dennoch blieb das Bauvolumen hoch, dank der günstigen Entwicklung des Zweitwohnungsbaus. Im Tiefbau gingen die Aufträge in der ersten Jahreshälfte 2006 stark zurück.

Land- und Forstwirtschaft

Wegen Trockenheit und den damit verbundenen Futterausfällen in einzelne Regionen verzeichnete die **Landwirtschaft** ein durchschnittliches Jahr. Dank dem knappen Nutz- und Schlachtviehangebot und dem zunehmenden Fleischkonsum hat sich hingegen der Viehabsatz gut entwickelt. Die Preise lagen so hoch wie schon lange nicht mehr. Der Milchpreis fiel im Allgemeinen nicht so stark, wie dies im Vorfeld befürchtet wurde. Beim Ackerbau war die Fläche für Futtergetreide erstmals grösser als diejenige für Brotgetreide und die Hektarerträge waren – ausser bei der Gerste – nur mittelmässig.

2006 war für den **Bündner Weinbau** wiederum ein sehr gutes Jahr. Der Blauburgunder erreichte wie bereits 2005 einen Zuckergehalt von 100 Grad Öchsle. Damit gehören nach 2005 auch die Weine 2006 zu den Spitzenjahrgängen.

Die **Forstwirtschaft** profitierte 2006 von der starken Nachfrage nach Bündner Rundholz. Die Preise zogen deutlich an, der Preishöchststand nach Lothar ist wieder erreicht. Die Preise haben ein Niveau erreicht, bei dem es sich lohnt, Holz punktuell aufzuforschten.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN



Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und dem Hotelierverein Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Daneben wurden zahlreiche Anfragen oder Geschäfte auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Die Vernehmlassungen finden Sie im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

Vernehmlassungen Bund

Konsultation der UREK-S zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes

Die mit dem Modell Schweizer vorgesehene Zentralisierung und Solidarisierung der Übertragungsnetze und der damit realisierten Gewinne zu Ungunsten der Randregionen wurde abgelehnt. Die Unabhängigkeit des Schweizerischen Netzbetreibers sei auch dann gesichert, wenn das Netzeigentum

nicht bei diesem liege, sondern bei den bisherigen Eigentümern. Ein weitergehender Eingriff in die Eigentumsrechte der bisherigen Netzbetreiber sei nicht gerechtfertigt. Mit der Einbringung in eine Schweizerische Netzgesellschaft vergäbe der Kanton Graubünden seine strategisch und finanziell interessante Beteiligung über die Rätia Energie und andere Kraftwerksgesellschaften für eine Kleinstbeteiligung mit minimaler Rendite und ohne Möglichkeit der Einflussnahme zugunsten regionalpolitischer Interessen.

NFA-Schlussbericht über die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs

Die schon früher unterstützte integrale Umsetzung dieses Projektes wurde bekräftigt. Die vorgesehenen Regelungen erfolgten aus einer Gesamtsicht, seien grundsätzlich ausgewogen und berücksichtigten die bisherigen Vorgaben bei der Erarbeitung des NFA. Änderungen würden das fein austarierte System ins Wanken bringen und den Volkswillen missachten. Von entscheidender Bedeutung sei für Graubünden die Dotierung des geografisch-topografischen Ausgleichs (GLA) sowie des soziodemografischen Belastungsausgleichs (SLA). Die hälftige Auftei-

lung des Bundesbeitrages auf diese beiden Gefässe sei ausgewogen. Für den Kanton Graubünden fielen vor allem die ausserordentlichen Belastungen im Verkehrsbereich ins Gewicht. Die Zusatzbelastung der kantonalen Strassenrechnung sei nur mit ausreichender Dotierung des GLA tragbar. Als positive Systemwirkung des NFA wurde auch dargestellt, dass der interkantonale Steuerwettbewerb auf eine faire und von Fehlanreizen befreite Grundlage gestellt werde, indem eine hohe Steuerbelastung nicht mehr mit zusätzlichen Ausgleichszahlungen belohnt werde.

Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechtes im Obligationenrecht

Dazu wurde der Antrag gestellt, der Vorentwurf sei an den Bundesrat zurückzuweisen zwecks konsequenterer Differenzierung der Rechnungslegungsvorschriften nach börsenkotierten und wirklichen Grossunternehmen einerseits und kleinen Unternehmen andererseits. Der von den KMU zu leistende Mehraufwand für die Erstellung des Geschäftsberichtes und des Anhangs sowie die sich daraus ergebenden Mehrkosten für die Revision wären untragbar und stünden in keinem Verhältnis zu den allfälligen Gefahren der Rechnungslegung für Gläubiger und Mehrheitsaktionäre. Sodann wurden zu diversen Bestimmungen der Vorlage konkrete Anträge gestellt, auch zu den neuen Corporate-Governance-Vorschriften.

Bundesgesetz über das Bergführerwesen und das Anbieten von Risikoaktivitäten

Unter Hinweis auf das im Kanton Graubünden bestehende Gesetz über das Berg- und Schneesportwesen und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen wurde ein Handlungsbedarf, auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz zu erlassen, abgelehnt. Die einzelnen Kantone seien an den zu regelnden Problemen näher dran, verfügten über Kompetenz in der Problematik und seien daher für die Legiferierung kompetent. Der Vorteil einer kantonalen Regelung bestehe auch darin, dass allfällige Änderungen selbständig und kurzfristiger durchgeführt werden könnten, insbesondere auch im Falle neuer Trendsportarten. Vorsorglicher Weise haben wir uns auch zu diversen Bestimmungen der Vorlage kritisch geäussert.

Abgabe der Bundesbeteiligung an der Swisscom

Angesichts der rasanten Veränderung in der Telekommunikationsbranche erachteten wir die Swisscombeteiligung des Bundes als Klumpenrisiko. Der aus geschäftspolitischen Überlegungen vorgenommene Ausbau des Auslandsanteiles habe zudem kaum mehr etwas mit dem ursprünglichen binnenwirtschaftlichen Grundversorgungsauftrag zu tun. Dennoch trage der Bund und letztlich der Steuerzahler einen wesentlichen Teil des unternehmerischen Risikos. In Würdigung dieser Fakten sowie aus ordnungspolitischen Gründen wurde die Abgabe

der Swisscom-Mehrheitsbeteiligung an marktwirtschaftlich orientierte und risikobereite Investoren grundsätzlich befürwortet. Auch nach dem Privatisierungsschritt verfüge der Bund als Gesetzgeber und Regulator über genügend Einflussmöglichkeiten, um die Rahmenbedingungen des Telekommunikationssektors in der Schweiz mitzubestimmen. Der Vorschlag zur Schaffung einer Volksaktie wurde skeptisch aufgenommen. Vielmehr sei ein Kernaktionariat mit Schweizer Institutionellen und einer vorübergehend substantiellen Bundesbeteiligung zu bilden. Der Verkaufserlös des Bundes sei gezielt für die Reduktion von Schulden einzusetzen und die Anpassungsperiode dieser Strukturänderung klar zu regeln. Vor allem wurde die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verlangt, welche einen für das ganze Gebiet der Schweiz gleichwertigen Service Public und dessen Anpassung an die neuen technischen Entwicklungen und Bedürfnisse auch für die Zukunft nach der Abgabe der Mehrheits- resp. Sperrbeteiligung sicherstellen würde.

Neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)

Mit Blick auf die beiden regionalen Sender «Radio Grischia» und «Tele Südostschweiz» wurde die RTVV in der vorgeschlagenen Form abgelehnt, weil sie das Ende der beiden eigenständigen regionalen Sender für unser Kantonsgebiet bedeuten würde. Zudem wurde eine Belassung der Gebühren für die SRG und aller Werbe- und Sponsoringeinnahmen für private

Sender empfohlen, um eine Dominanz der SRG um Markt und Preise zu verhindern. Zur Gewährleistung des vorgeschriebenen Leistungsauftrages wurde eine wirtschaftliche bzw. föderalistische und konzessionsgebietsabhängige Lösung beim Gebührensplittung vorgeschlagen, bei welchem das realistische Potential an Werbe- und Sponsoringeinnahmen in der betreffenden Region abgeschätzt und berücksichtigt werde.

Grundversorgung im Fernmeldebereich

Die Erwähnung des ISDN- sowie des ADSL-Standards resp. der Breitband-Anschlüsse als Dienste der Grundversorgung wurde positiv aufgenommen. Allerdings erachteten wir die vorgesehene Möglichkeit zur Reduktion des Breitbanddienstes als gefährlich und als Standortnachteil für die Randregionen. Daher wurde gefordert, dass zumindest in den Zentren der einzelnen Regionen und Talschaften eine flächendeckende Breitbandversorgung gewährleistet sein müsse.

Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer – Änderung der Verteilschlüssel und Kontingenzfreigabe

Zu dieser Vorlage wurde beantragt, Entsendungen von weniger als 90 Tagen nicht mehr dem BVO-Kontingent, sondern dem EU-/EFTA-Kontingent zu belasten. Allenfalls sei der neue Verteilschlüssel grundsätzlich anzuwenden und die spezifischen Bedürfnisse der Berg- und Tourismuskantone Wal-

lis und Graubünden mit einer Sonderzuteilung aus der Bundesreserve so zu berücksichtigen, dass diesen Kantonen mindestens 50 Prozent der bisherigen Kontingenzzuteilung erhalten bleibe. Unabhängig von diesen Vorschlägen wurde beantragt, die Bundesreserve zugunsten der kantonalen Kontingente zu reduzieren.

Güterverkehrsvorlage

Das Bestreben, die Verlagerungspolitik neu auszurichten, wurde grundsätzlich begrüsst. Aus diesem Grunde wurde der Verlagerungsauftrag gemäss Alpenschutzartikel – von Grenze zu Grenze – bekräftigt. Für die Neuausrichtung der Verlagerungspolitik bedürfte es indessen primär eines realistischen Verlagerungszieles, z. B. 1 Mio. Fahrten für 2012 resp. 1,2 Mio. Fahrten für 2018. Dabei soll zur Zielerreichung in erster Linie der unbegleitete kombinierte Verkehr (UKV) vorübergehend und mit abnehmenden Beiträgen pro Sendung subventioniert werden. Demgegenüber wären weder der Ausbau der rollenden Landstrasse noch eine Kontingentierung mit einer Alpentransitbörse zielführend. Letzteres würde eine Neuverhandlung des Landverkehrsabkommens voraussetzen, was im Moment als nicht sinnvoll erachtet wurde, und zudem auch den Binnenverkehr erheblich beeinträchtigen und belasten. Weiter wurde festgestellt, dass die zentral als Verlagerungsinstrument angepriesene Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) nicht den gewünschten Verlagerungseffekt hatte und sich weitere Erhö-

hungen negativ auf die Verkehrsversorgung und die Volkswirtschaft der Berg- und Randregionen auswirken würde. Aus verschiedenen Gründen wurde der Ausbau der rollenden Landstrasse abgelehnt und die Erhebung einer gezielten Alpentransitabgabe (ATA) für den grenzüberschreitenden und alpenquerenden Schwerverkehr als geeigneteres Instrument erachtet. Die zusätzlich generierten Finanzmittel würden zudem den aus Sicherheitsgründen notwendigen Bau einer zweiten Röhre am Gotthard erlauben. Und letztlich verlangten wir eine schnellere Öffnung des Bahnmarktes und eine Festsetzung der Trassenpreise nach Nutzung der Kapazitäten und nicht nach der Gewichtsbelastung.

Bundesgesetz über die Landeswerbung

Die Bündelung der im Bereiche der Landeswerbung tätigen Organisationen mit dem Ziel, der Schweiz zu einem schlagkräftigeren Marktauftritt im Ausland zu verhelfen, wurde begrüsst. Ebenso wurde der Vorschlag zur Koordination der im Bereiche Landeswerbung tätigen Organisationen in eine Gesellschaft für Landeswerbung und eine Gesellschaft für Aussenwirtschaftsförderung unterstützt. Allerdings wurde die Auffassung vertreten, dass Location Switzerland der Gesellschaft für Aussenwirtschaft angegliedert werden soll. Andererseits soll sich die Gesellschaft für Landeswerbung nicht bloss auf Kommunikations- und Marketingtätigkeiten beschränken, sondern, wie bisher Schweiz Touris-

mus, auch Produkte vermarkten, die ihr von Mitgliedern zur Promotion anvertraut wurden. Die vorgeschlagene Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt lasse kein Mitglieder mehrsystem und den Einbezug der Mitglieder in Entscheidungsprozesse zu und sei daher abzulehnen. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die zu schaffende Gesellschaft für Landeswerbung auch in Zukunft ein agiles und hochprofessionelles Marketingunternehmen bleibe und nicht verbürokratisiert werde. Deshalb könne der Lead der zu bildenden Gesellschaft nur durch Schweiz Tourismus übernommen und deren Sitz in Zürich vorgesehen werden.

SUVA-Projekt «Einheitliches Lohnmeldeverfahren (ELM)»

Die mit dem Projekt eines webbasierten Abrechnungssystems verbundene Absicht, die für Unternehmen und involvierte Behörden gleichermaßen zeitaufwändige Verarbeitung der Lohndaten der Arbeitnehmer durch eine standardisierte Aufbereitung administrativ zu vereinfachen, wurde grundsätzlich als begrüssungswert erachtet. Trotz der möglichen Entlastung der Wirtschaft sei das Projekt aber nicht nur rein technisch-abwicklungsmässig zu beurteilen, sondern auch unter ordnungspolitischen und persönlichkeitsrechtlichen Aspekten, insbesondere wegen des Datenschutzes, der Datensicherheit und der Aushöhlung des Prinzips der Selbstdeklaration.

Vernehmlassungen Kanton Graubünden

Teilrevision des Steuergesetzes

Primäres Ziel der Steuergesetzrevision aus der Sicht der Wirtschaft bildete die steuerliche Entlastung der juristischen Personen, damit die Steuerbelastung diejenige der umliegenden Kantone nicht mehr übersteige resp. der Kanton Graubünden hinsichtlich der Steuerbelastung tiefer liege als die umliegenden Kantone, um damit auch anderweitige Standortnachteile zu neutralisieren. Dazu wurde die Auffassung vertreten, dass das gesetzte Ziel mit einer Reduktion des Maximalsteuersatzes auf 7,5 Prozent nicht erreicht werden könne, zumal verschiedene Kantone ihrerseits steuerliche Entlastungsmassnahmen beschlossen oder vorgesehen hätten. Angesichts des durch die Auszahlungen aus dem Nationalbankgold resp. der Rückzahlung der GKB vorhandenen finanziellen Spielraumes müsse der Steuersatz auf höchstens 7 Prozent gesenkt werden. Zudem bestehe weiterhin erheblicher Handlungsbedarf für eine spätere Gesetzesrevision im Bereiche der Kapitalsteuer. Im Kampf um gute Steuerzahler müssten zudem die Sonderabgaben auf dem Kapital resp. der Vermögen abgeschafft werden. Ebenfalls begrüsst wurde die Einführung einer Wechselpauschale bei der Wohneigentumsbesteuerung sowie die vorgesehene Befreiung der direkten Nachkommen von den Nachlass- und Schenkungssteuern. Im Hinblick auf eine künftige Steuergesetzrevision wurde zusätzlich die steu-

erliche Entlastung der Unternehmensnachfolge für entferntere und nicht verwandte Personen postuliert. Auf keinen Fall dürfe das vorgelegte Paket von steuerlichen Entlastungsmassnahmen aufgeschnürt werden.

Teilrevision des Gesetzes über das Gesundheitswesen

Bei dieser Vorlage äusserten wir uns zum Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen, welche aus systematischen Gründen nicht ins Gesundheitsgesetz, sondern ins Gastwirtschaftsgesetz gehörte. Sodann wurde beliebt gemacht, auf eine kantonale Regelung zu verzichten, da auch auf Bundesebene eine Vorlage in Vorbereitung sei. Ferner wurde beanstandet, ein konsequentes Rauchverbot in allen Restaurationsbetrieben wäre nicht branchenverträglich. Kleinflächige Betriebe seien unter einer speziellen Optik zu betrachten und von einem Rauchverbot zu befreien, dies insbesondere auch mit Blick auf «Dorfbeizen». Ferner erscheine es wenig sinnvoll, nicht einem Hotel angegliederte Bars und Nachtlokale dem Rauchverbot zu unterstellen. Die Folge davon wäre nämlich, dass sich die Gäste zum Rauchen ins Freie begäben mit den entsprechenden Emissionen an Lärm, Unrat etc. Im Übrigen könnte, falls eine rasche Legiferierung unaufschiebbar sein sollte, die vorgeschlagene Regelung mit den vorerwähnten Ausnahmen akzeptiert werden.



Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen

Die Zielsetzung, den Tourismus in Graubünden zu stärken, neue Gäste zu gewinnen und bisherige zu halten, um Arbeitsplätze zu sichern, wurde unterstützt, ebenso die Schaffung möglichst weniger, schlanker, straff und professionell geführter Destinations-Management-Organisationen. Und trotz ordnungspolitischer Bedenken wurde – in Abwägung mit den damit zu verfolgenden Zielen – auch eine zeitlich befristete kantonale Tourismusabgabe als zweckmässig erachtet, wobei angesichts der Problematik der kalten Betten auch die Zweitwohnungen stärker belastet werden sollten. Da dringender Handlungsbedarf bestehe, solle der Kanton bis zur Einführung der KTA die fehlenden Mittel leisten. Ziel einer KTA müsse aber sein, dass sich die Tourismuswerbung dank erhöhter Gästezahlen letztlich selbst finanziere.

Gesetz über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG)

In grundsätzlicher Hinsicht wurde verlangt, der Nahtstelle Sek. I – Sek. II müsse besondere Beachtung geschenkt werden, insbesondere der im 8. und 9. Schuljahr einsetzenden, auf die Anforderungen der Wirtschaft ausgerichteten Vorbereitung für den Übertritt in die Grundbildung. Auch das BwBG müsse konsequent auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Arbeitswelt und der Wirtschaft ausgerichtet sein und sich am Gedanken des

Wettbewerbs orientieren. Dies erfordere eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Organisationen der Arbeitswelt. Sodann wurden Präzisierungen bezüglich der Finanzierung der Berufsbildung verlangt, insbesondere müsse die Finanzierung der überbetrieblichen Kurse auf heutigem Niveau beibehalten werden. Das Gebot der Gleichwertigkeit der schulischen und beruflichen Ausbildung verlange, dass die öffentliche Hand nicht zusätzliche Lasten auf die Organisationen der Arbeitswelt verteile. Die heutige Organisation der Berufsbildung und deren Trägerschaften wurde als zweckmässig und in den Regionen verankert erachtet, sie sei beizubehalten. Die vorgeschlagene verstärkte Integration der gastgewerblichen Fachschule Graubünden in das Berufsbildungssystem fand positive Aufnahme. Zusammenfassend wurde das vorgeschlagene schlanke Rahmengesetz befürwortet.

Teilrevision des Kantonalen Energiegesetzes und der Energieverordnung

Im Lichte der internationalen Verpflichtungen zur Reduktion des CO₂-Austausches wurde die Förderung nicht fossiler, erneuerbarer Energieträger mit weniger CO₂-Emissionen als richtig und konsequent erachtet. Allerdings dürften die neuen Fördermittel nicht mit der Giesskanne ausgegeben werden. Von der Notwendigkeit jährlicher Mehrausgaben waren wir nicht überzeugt, verzichteten aber in Anerkennung der restriktiven Ausgestaltung der Vorlage auf eine Bekämp-

fung derselben. Da Feinstaubfilter für kleinere Anlagen nicht existierten oder zu kostenaufwändig wären, müssten Fördermassnahmen für grössere Anlagen vorbehalten bleiben. Denn bei den Solaranlagen wurde die vorgesehene Subventionierung von Anlagen mit einer Fläche ab 4 m² sei eine typische Giesskannensubvention erachtet.

Richtplanung Graubünden – Anpassung des kantonalen und des regionalen Richtplanes Mittelbünden

Während mit dem Parc Ela der grösste regionale Naturpark der Schweiz geschaffen und den mit der Raumplanung verfolgten Zielen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage in nachhaltiger Weise nachgelebt werde, sei es im Raume Mittelbünden mit der Erhaltung oder Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens äusserst schlecht bestellt. Mit einer Entwicklung der Wirtschaft und der Beschäftigtenzahl von –18 Prozent im Zeitraum 1991 bis 2002 könnte der Raum Mittelbünden beinahe als «Armenhaus» des Kantons bezeichnet werden. Selbst die Alpenkonvention mit ihren Protokollen strebe eine Förderung der Wirtschaftsentwicklung bei gleichzeitiger ausgewogener Bevölkerungsentwicklung an. In diesem Lichte sei die mit der Anpassung der Planung im Raume Mittelbünden bezweckte Anpassung des touristischen Angebots zuzulassen und zu fördern. Die Erweiterung der Bauzone und damit das geplante Ressort Radons seien umso mehr verhältnismässig, wenn man

die enormen Vorteile und Angebotsverbesserungen resp. -erweiterungen in Betracht ziehe. Dasselbe gelte auch bezüglich des «Skigebiets-Abtausches» mit dem Bau von Transportanlagen am Piz Mez, welcher zudem nicht einmal im Perimeter des Naturparks Ela liege. Dass sich die betroffenen Gebiete besonders für die Landwirtschaft eignen würden oder besonders schön, wertvoll für die Erholung oder als natürliche Lebensgrundlage bedeutsam wären, werde nicht einmal von den Gegnern behauptet. Die Bevölkerung des Raumes Mittelbünden und im Besonderen des Oberalpsteins hätte Anspruch darauf, sich zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verhinderung der Abwanderung angemessen wirtschaftlich weiterentwickeln zu können.

Weitere Vernehmlassungen

Ferner haben wir zu den folgenden Vorlagen Stellungnahmen abgegeben:

- Verordnung über die Versichertenkarte
- Abschaffung des Meldescheins für Schweizer Gäste – Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gastwirtschaftsgesetz

Abstimmungen

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

	Parole	Resultat CH	Resultat GR
21. Mai 2006			
Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung	Ja	85,6 % Ja	81,7 % Ja
24. September 2006			
Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer	Ja	67,9 % Ja	71 % Ja
Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes	Ja	67,8 % Ja	71,2 % Ja
Volksinitiative vom 9. Oktober 2002 «Nationalbankgewinne für die AHV»	Nein	58,3 % Nein	62,2 % Nein
26. November 2006			
Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	Ja	53,4 % Ja	52,9 % Ja
Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagen-gesetz, FamZG)	Nein	68 % Ja	69,1 % Ja
Verpflichtungskredit von netto 20 Mio. Franken (Preisstand 2003) für den Bau der Porta Alpina Sedrun	Ja		71,5 % Ja

Grossratswahlen 2006

Zu den Grossratswahlen 2006 sind von den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden die folgenden Zielsetzungen festgelegt worden, welche die Voraussetzung für die Unterstützung im Wahlkampf für wirtschaftsnahe Kandidatinnen und Kandidaten bildeten:

I. Energiepolitik

1. Heimfall- und Beteiligungspolitik zum Zwecke der Erhaltung und Erhöhung der Wertschöpfung aus der Wasserkraft.
2. Priorisierung der Wasserkraftnutzung mit dem Ziel, vorhandene Ausbaumöglichkeiten raschest möglich zu realisieren.

3. Bekämpfung von erneuerbaren Energien entgegenstehenden Massnahmen wie Renaturierungsinitiative (Aquaviva-Initiative) und Schwallregelung im Gewässerschutzgesetz (Sunk und Schwall).

II. Finanzpolitik

1. Verwendung der Kantonalbankgelder für wirtschaftsfördernde und wertschöpfungsstarke Projekte.
2. Konsequente Fortsetzung der Finanzhaushaltdisziplin, insbesondere Verwendung allfälliger Haushaltüberschüsse zur steuerlichen Entlastung.
3. Keine Neuverschuldung und Abgabenerhöhung ohne Einführung neuer Aufgaben.
4. Unterstützung der Steuergesetzesrevision gemäss Vorschlag der Regierung (Vernehmlassung der Dachorganisationen vom 8. März 2006).

III. Tourismus – Raumplanung**– Umwelt**

1. Zügige Umsetzung einer Destinationsbildung im Tourismus unter Einräumung von neuen Kompetenzen an den Kanton sowie allenfalls Einführung einer kantonalen Tourismusförderabgabe.
2. Verminderung von Einschränkungen sowie konsequentes Ausschöpfen des Ermessensspielraumes für die Wirtschaft in den Bereichen Raumplanung und Umweltschutz.
3. Unterstützung der Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes.

IV. Gemeindefusionen – Finanzausgleich

1. Neugestaltung des Finanzausgleichs zur Förderung der Gemeindefusionen und Schaffung von Grundlagen zur zwangsweisen Fusion.
2. Abschaffung unerwünschter, ausgabenfördernder Finanzausgleichsmechanismen.

V. Submissionen

1. Durchsetzung einer liberalen Submissionspraxis, welche im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine Vergabe an kantonsansässige Unternehmen gewährleistet.
2. Reduktion unnötiger Ausbaustandards zugunsten verstärkter Investitionen für den Unterhalt

VI. Bildung

1. Sicherstellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Grundbildung mit der Mittelschule sowie der beruflichen Weiterbildung mit der akademischen Laufbahn in allen Belangen (Finanzen, Image, gesellschaftliche Anerkennung, etc.).
2. Ausrichtung der Volksschule auf die Anforderungen der beruflichen Grundbildung und Förderung der Grundfertigkeiten (Muttersprache, Mathematik).
3. Anforderungssteigerung in der gymnasialen Ausbildung als Vorbereitung für die Hochschule unter Beibehaltung des Untergymnasiums.

4. Vorbehaltloses Bekenntnis zu einer starken und eigenständigen Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW).

VII. Verkehrspolitik

1. Erhöhung des Ausbaustandards für Hauptachsen in die Zentren der Regionen zur Erhöhung der Wertschöpfung.
2. Bereitstellung ausreichender Mittel für eine angemessene Erneuerung der RhB.
3. Erhöhung der Gesamtgewichtslimiten auf Haupt- und Verbindungsstrassen.

VIII. Administrative Entlastung

1. Herbeiführung von Massnahmen zur Erleichterung und Verminderung des administrativen Aufwandes in den Unternehmen.
2. Einführung von neuen Steuerungsinstrumenten wie Regulierungsfolgenabschätzung (RFA), KMU-Begleitgremium, KMU-Test.

IX. Gesundheits- und Sozialpolitik

1. Schaffung von marktwirtschaftlichen Anreizen zur Verminderung der Gesundheitskosten.
2. Eindämmung der ausufernden Sozialkosten durch Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Bekämpfung von Missbrauch.

VERBANDSAKTIVITÄTEN

Die Haupttätigkeit des Sekretariates erstreckte sich auch im Berichtsjahr auf die Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an *economiesuisse* sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär diversen ad hoc gebildeten **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themata behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

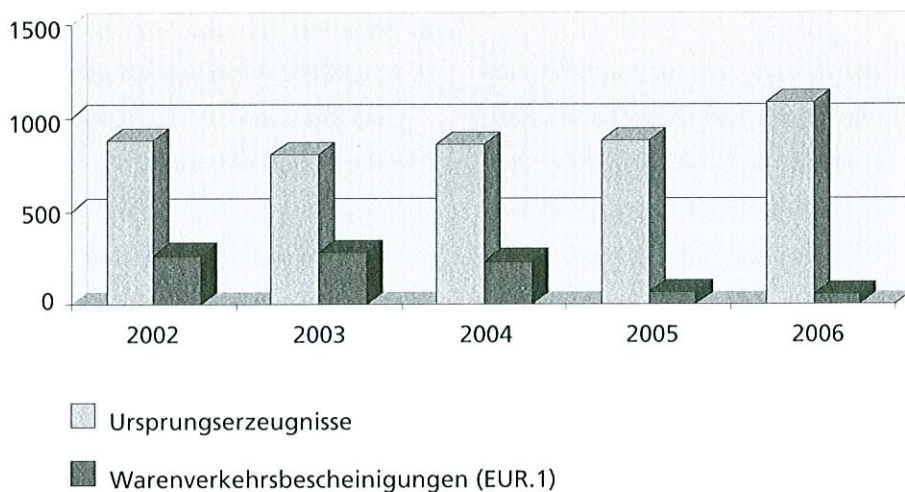
Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 1079 Ursprungs-

zeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 876) sowie 59 Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 67) beglaubigt. Die Anzahl Warenverkehrsbescheinigungen ist seit Jahren wegen der Exporterleichterungen für Trockenfleischprodukte rückläufig. Demgegenüber war bei den Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen eine markante Zunahme auch bezüglich der einzelnen Geschäftswerte mit entsprechenden Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Im Berichtsjahr wurden 5 «HK-News» herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Völlig neu gestaltet wurde im Berichtsjahr die **Homepage** (www.hkgr.ch). Diese enthält alle relevanten Informationen über unseren Verband sowie über den Wirtschaftsstandort Graubünden.

Anzahl Beglaubigungen



Der **Mitgliederbestand** betrug per Endes des Berichtsjahres 493 Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 44 Bergbahnen, 79 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Neu hat sich unsere Handelskammer **SWISSFIRMS** der Datenbank der Schweizerischen Handelskammern angeschlossen (www.swissfirms.ch). SWISSFIRMS hat zum Ziel, Mitgliedfirmen der Handelskammern zu fördern und in ihren geschäftlichen Aktivitäten zu unterstützen. Dazu bietet Swiss-

firms diverse Dienstleistungen, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind, z.B. Eintragung in der SWISSFIRMS Datenbank, Wirtschaftsauskünfte über Kreditreform, Swissfirmsadressen, Swissfirms-coface.@rating, Swissfirms Opportunity Kontaktbörse, eine leistungsstarke Suchmaschine, Liste von Websites zur Schweizer Wirtschaft etc.

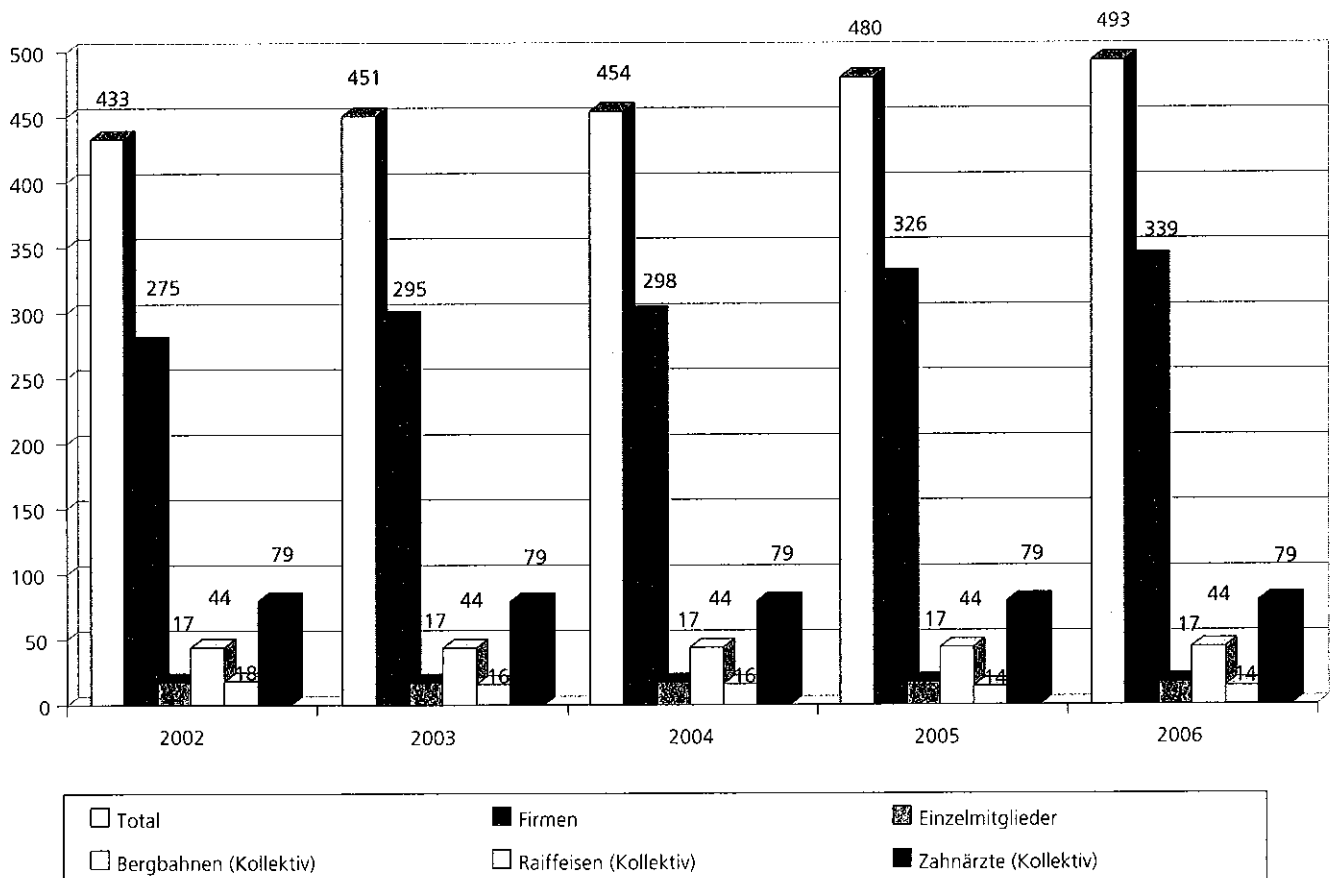
Die **Steuergesetzrevision** haben wir zusammen mit den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubündens mit einer Arbeitsgruppe begleitet, welche

auch in engem Kontakt mit den bürgerlichen Parteien stand.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt, mit-organisiert oder in Zusammenhang mit anderen Organisationen angeboten.

Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten und mitgetragen, insbesondere im Bereiche des Exports.

Entwicklung Mitgliederzahlen

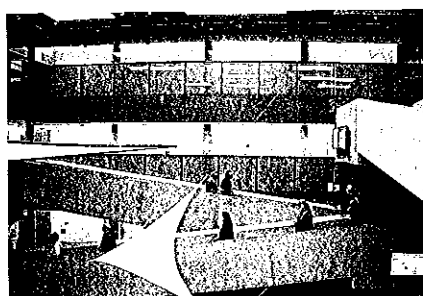


Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu allen relevanten Fragen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäußert hat, mit Communiqués bedient.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder.



Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.



Den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir durch die Stiftung der Preise für den 1. und 3. Rang unterstützt.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner des **OSEC-Business-Network Switzerland** erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit pflegten wir im Rahmen der **Dachorganisationen der Wirtschaft**

Graubünden mit dem Bündner Gewerbeverband sowie mit dem Hotelierverein Graubünden, mit welchen wir gemeinsam die Anliegen des Wirtschaftsstandortes Graubünden sowie der ihnen angeschlossenen Unternehmen vertreten und auch gemeinsame Projekte durchführen.

Eine gute Zusammenarbeit pflegen wir auch mit weiteren **Wirtschaftsverbänden** im Kanton Graubünden, wie Bergbahnen Graubünden, Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG), Graubünden Ferien und dem Wirtschaftsforum Graubünden, in dessen Gremien mehrere Mitglieder unseres Vorstandes mitwirken, sowie mit der Graubündner Zahnärztesellschaft (GZG), welche für sämtliche ihr angeschlossenen Zahnärzte Kollektivmitglied unseres Verbandes ist und sich regelmässig zu Vernehmlassungsvorlagen, insbesondere im medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Bereich, äussert.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für berufliche Ausbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Die Wirtschaftspublikation **«PULS»**, in deren Redaktion wir als Partner mitwirken, bezweckt, die Bündner Wirtschaft und weitere interessierte Kreise mit regional relevanten volkswirtschaftlichen Daten und Informationen zu bedie-

nen. «PULS» führt auch Veranstaltungen zu wirtschaftlichen Themen durch und beteiligte sich auch dieses Jahr am 9. Wirtschaftsforum Südostschweiz an der Gehla.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentums Liechtensteins angeschlossen. Das von den Handelskammern gebildete Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene.

An der Jahresversammlung der **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenzzonehandelskammern** wurden wiederum diverse Resolutionen zu grenzüberschreitenden Problemen und Anliegen verabschiedet. Im Mittelpunkt des Anlasses standen Referate und eine Podiumsdiskussion zum Thema «Sviluppo competitivo, sistemi economici locali e cooperazione transfrontaliera».

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 6. November 2006 stand ein Referat von Herrn Jürg

Schmid, Direktor Schweiz Tourismus, zum Thema «Neue Tourismusstrukturen: Unnötiger Veränderungsdrang oder richtige Antwort auf Marktherausforderungen». Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu zwei Sitzungen zusammengetreten. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Mutationen im Vorstand ergaben sich durch die Demission der Herren A. Conrad, J. Issler, R. Parli, und W. Tribolet auf die Generalversammlung hin. Durch den Vorstand neu zugewählt wurde Herr Reto Müller, Geschäftsführer Elektro Caviezel AG, Davos, als Vertreter der Region Davos resp. als Nachfolger von Herrn Jörg Issler.

Bei den **Regierungsratswahlen** 2006 unterstützten wir die bürgerlichen Regierungsräte Stefan Engler, Evelyne Widmer-Schlumpf, Hansjörg Trachsel und Martin Schmid, welche wie auch Regierungsrat Claudio Lardi von der SP wiedergewählt wurden.

Für die **Grossratswahlen** haben die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, Hotelierverein Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – ein 9-Punkte-Programm mit 25 Forderungen der Wirtschaft für eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden erstellt. 41 Kandidatinnen und Kandidaten der CVP, FDP und SVP unterzeichneten dieses Programm und wurden im Gegenzug durch die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden unterstützt und zur Wahl empfohlen. 34 davon wurden zu Grossrätinnen und Grossräten gewählt.

Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher trat der Kassenvorstand am 9. Juni 2006 im Schlosshotel Adler in Reichenau zu seiner ordentlichen Jahresversammlung zusammen. Darin behandelte und genehmigte er wie gewohnt die Jahresrechnung 2005, das Budget 2006 sowie den Jahresbericht 2005.

Da sich der Gewinn unserer Ausgleichskasse sehr erfreulich entwickelte, konnte die Rückvergütung auf den fakturierten Verwaltungskosten des Vorjahres von 50 Prozent auf 55 Prozent erhöht werden. Der insgesamt zurückerstattete Betrag übersteigt damit erstmals Fr. 500 000.00.

Beitragswesen

Im Berichtsjahr 2006 sind von unseren Mitgliedern insgesamt Fr. 1 642 537.80 an Beiträgen für die AHV-, IV- und EO-Versicherungen abgerechnet worden. Davon entfallen Fr. 4 365 672.00 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden. Die Beiträge haben sich im Vergleich zum Jahresbericht 2005 um 4,64 Prozent oder um Fr. 3 174 308.30 erhöht. Diese Steigerung ist vor allem auf einen erhöhten Mitgliederbestand sowie auf höhere Lohnsummen der Mitgliedfirmen zurückzuführen. Ab-

schreiben mussten wir im vergangenen Jahr Lohnbeiträge in der Höhe von Fr. 66 062.10.

Arbeitslosenversicherung

Die Beitragsabgaben für die Arbeitslosenversicherung haben sich im 2006 um Fr. 631 661.55 auf Fr. 12 162 754.60 oder um 5,48 Prozent erhöht. AIV-Beiträge mussten wir Fr. 15 188.00 abschreiben.

AHV-Renten

Im Jahr 2006 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten auf Fr. 58 138 187.00 oder um Fr. 2 158 646.00 reduziert. Wesentlich auf diese markante Reduktion des Rentenbetrags hat sich die Tatsache ausgewirkt, dass wir ab 1.9.2005 alle Rentendossiers von EL-Bezügern an die Kantonalen Ausgleichskassen abtreten. (auf Wunsch des BSV). Unser Aufwand an AHV-Hilflosenentschädigungen ist aus den gleichen Gründen im letzten Jahr um Fr. 388 763.00 gesunken. Insgesamt haben wir noch Fr. 621 805.00 aufgewendet.

IV-Renten

Für ordentliche Invaliden-Renten haben wir im vergangenen Jahr Fr. 6 492 541.00 aufgewendet, das ist

im Jahresvergleich Fr. 1 401 798.00 weniger als im Vorjahr. Diese Reduktion der Ausgaben um 17,76 Prozent liegt vor allem daran, dass in der Vorbereitung auf die 5. IV-Revision weniger Rentenentscheide gefällt und die Verfahren zur Erlangung einer IV-Rente gestrafft wurden. Aber auch hier beeinflusst die Abtretung von EL-Fällen das Ergebnis nicht unwesentlich. Ausserordentliche IV-Renten konnten wir Fr. 12 900.00 vergüten. Als Aufwand für IV-Hilflosenentschädigungen haben wir Fr. 128 408.00 verbucht. IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr Fr. 575 372.60 auszahlen, was einer um Fr. 17 067.50 höheren Belastung entspricht. Vor allem invaliditätsbedingte Umschulungen fallen bei dieser Leistungsart ins Gewicht.

Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO)

Erwerbssersatz im Militärdienst, Zivildschutz, Jugend + Sport

Die Fix- und Grenzbeträge der Erwerbssersatzordnung wurden für die Wehr- und Zivildschutzpflichtigen letztmals auf den 1. Juli 2005 erhöht. Die Minimalentschädigung für Personen ohne Kinder wurde von Fr. 43.00 auf Fr. 54.00 pro Soldtag angehoben. Die

Entschädigungen für Normaldienstleistungen wurde zudem von 65 Prozent auf 80 Prozent heraufgesetzt. Zusätzlich wurde für das Durchdiener-Kader eine eigene Ansatz-Kategorie geschaffen. (Minimum Fr. 80.00).

Da im vergangenen Jahr auch wieder mehr Dienstage als im Vorjahr abgerechnet wurden, betrug der Aufwand für Entschädigungen Fr. 2 888 216.52. (plus Fr. 559 260.27 resp. 24,01 Prozent). Die Leistungen wurden entweder an die Dienstleistenden ausbezahlt oder den Arbeitgebern gutgeschrieben.

Zusätzlich zu den EO-Entschädigungen musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von Fr. 2 025 06.03 ausgleichen. (Arbeitgeberanteile)

Mutterschaftsentschädigung

Auf den 1. Juli 2005 wurde die Mutterschaftsentschädigung eingeführt. Anspruch haben Frauen, die im Zeitpunkt der Geburt des Kindes Arbeitnehmerin oder SE sind oder die arbeitslos sind und ein Taggeld beziehen (könnten) oder die wegen Krankheit resp. Unfall arbeitsunfähig sind. Zudem bedingt eine Auszahlung, dass die Mutter während der neun Monate Schwangerschaft obligatorisch versichert war und mindestens fünf Monate lang eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hat. Die Entschädigung beträgt während 98 Tagen (14 Wochen) 80 % des vor der Niederkunft erzielten Erwerbseinkommens. (höchstens Fr. 172.00 pro Tag).

Während des Jahres 2006 haben wir an 95 Personen Leistungen in der Höhe von gesamthaft Fr. 765 254.73 ausgerichtet.

Zusätzlich musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von Fr. 15 273.32 ausgleichen.

Kantonale Familienausgleichskasse Graubünden

Auf den 1. Januar 2005 sind letztmals die allgemeinen Kinderzulagen von Fr. 175.00 pro Kind und Monat auf Fr. 185.00 und für in Ausbildung befindliche Jugendliche ab dem 16. Altersjahr von Fr. 200.00 auf Fr. 210.00 erhöht worden. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2004 1,8 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Auf diesen Zeitpunkt wurden auch folgende Änderungen im Kantonalen FAK-Gesetz eingeführt:

- Der Anspruch auf Kinderzulage besteht neu bereits bei einem Beschäftigungsgrad von mindestens 20 Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit.
- Ein Anspruch auf Kinderzulage erlischt bei Ausbildung erst ab einem monatlichen Entgelt von Fr. 2 500.00. (früher Fr. 1 582.50).
- Für Kinder mit Wohnsitz im Ausland wird ein Kaufkraftverhältnis zwischen der Schweiz und dem Wohnsitzstaat festgesetzt. Dabei haben alle in den alten EU-Staaten wohnhaften Kinder weiterhin Anspruch auf die volle Zulage.

Vom 1.1. bis 31.12.2006 haben unsere Mitglieder Fr. 10 939 908.85 an Beiträgen abgerechnet, das sind Fr. 634 124.35 mehr als im Vorjahr. (plus 6,15 Prozent). An Leistungen haben wir Fr. 10 621 892.95 vergütet oder Fr. 405 424.25 mehr als im Jahr zuvor. (plus 3,97 Prozent).

Kantonale Familienausgleichskasse Glarus

Seit dem 1. Januar 2001 führen wir auch eine Abrechnungsstelle der kantonalen Familienausgleichskasse des Kantons Glarus. Die Kinderzulagen betragen ab 1.1.2004 pro Kind und Monat für alle Kinder Fr. 170.00. Zur Finanzierung wird ein Beitragssatz von 1,9 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme erhoben. Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder Fr. 741 089.35 an Beiträgen abgerechnet. (minus 2,93 Prozent). Leistungen konnten wir Fr. 705 073.00 vergüten. (minus 17,40 Prozent)

Verwaltungskostenbeiträge

Im vergangenen Rechnungsjahr 2006 konnten wir einen Gewinn von Fr. 91 932.16 erzielen. Dabei ist berücksichtigt, dass wir unseren Mitgliedern wiederum eine Rückvergütung, neu in der Höhe von 55 Prozent (bisher 50 Prozent) auf den im Jahr 2005 belasteten Verwaltungskosten, gewähren konnten.

Der Gewinn ist vor allem auf höhere Einnahmen bei den Verwaltungskosten und auf Vermögenserträge zurückzuführen.

VERBANDSRECHNUNG 2006

Bilanz

Konto	Bilanz per 31.12.2006		Bilanz per 31.12.2005		Abweichungen
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven	
1000 Kassa	646.90		43.35		603.55
1010 PC Chur	112 960.87		66 009.14		46 951.73
1020 GKB Chur Sparkonto	25 707.99		22 265.97		3 442.02
1025 UBS Chur Sparkonto	13 253.54		13 215.99		37.55
1040 GKB Chur	49 474.00		38 467.90		11 006.10
1045 CS Chur Sparkonto	1 024.34		1 020.20		4.14
1050 Wertschriften	66 268.00		66 970.00		-702.00
1052 Debitoren	37 465.54		44 987.70		-7 522.16
1055 Trans. Aktiven	635.00		0.00		635.00
1060 ESTV Bern, Vst.	1 356.95		1 081.10		275.85
1070 Bücher	1.00		1.00		0.00
1080 Qualitätsschutzmarke	1.00		1.00		0.00
2000 Kreditoren		24 799.60		13 609.15	11 190.45
2050 Rückstellungen		50 000.00		50 000.00	0.00
2090 Trans. Passiven		1 000.00		0.00	1 000.00
2100 Verbandskapital		232 995.53		190 454.20	42 541.33
Total	308 795.13	308 795.13	254 063.35	254 063.35	

Verwaltungsrechnung

Konto	01.01.–31.12.06		01.01.–31.12.05		Abweichungen
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	
Verbandserträge					
3000 Mitgliederbeiträge		110 820.00		110 768.00	52.00
3010 Beglaubigungen		90 464.90		35 417.90	55 047.00
3050 Sekretariatsentsch.		19 400.00		19 400.00	0.00
3100 Diverse Einnahmen		1 791.27		1 062.00	729.27
Verwaltungskosten					
5000 Saläre	76 478.00		71 841.00		4 637.00
5070 Sozialkosten	19 538.55		18 697.85		840.70
6000 Büromiete	3 600.00		3 600.00		0.00
6500 Büromaterial/Drucksach.	16 947.25		15 125.20		1 822.05
6510 Porti, Telefon	7 374.65		6 412.20		962.45
6520 Abonnemente	2 065.55		1 314.75		750.80
6530 Öffentlichkeitsarbeit	0.00		238.55		-238.55
6599 Steuern	1 224.00		1 724.00		-500.00
Werbung/Repräsentation					
6600 Inserate und Werbung	9 145.40		2 253.05		6 892.35
6620 Beiträge	29 459.20		27 493.30		1 965.90
6660 Sitzungs-/Reisespesen	4 836.55		5 692.70		-856.15
6670 Veranstaltungen	8 249.45		9 760.05		-1 510.60
6700 Diverse Ausgaben	4 578.30		4 132.00		446.30
Finanzerfolg					
6800 PC-/Bankspesen	554.28		245.53		308.75
6850 Zinsertrag		4 116.34		3 249.45	866.89
Ergebnis 2006	42 541.33		1 367.17		41 174.16
Total	226 592.51	226 592.51	169 897.35	169 897.35	

Revisorenbericht 2006

Bericht der Revisionsstelle an die Mitgliederversammlung der Handelskammer und Arbeitgeberverband GR, 7000 Chur

Als Rechnungsrevisoren haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Verwaltungsrechnung) der Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur, für das am **31. Dezember 2006** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, den 27. August 2007

Die Rechnungsrevisoren:



Beda Capol
Dipl. Wirtschaftsprüfer



André Thomas

Beilage:

- Jahresrechnung 2006
(Bilanz und Verwaltungsrechnung)



Verbandsorganisation 2006



Vorstand

Ehrenmitglieder

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Tarnutzer Hans Andrea, Dr. iur., Chur, † Sekretär von 1949–1985	seit 1985
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990



Von der Generalversammlung gewählt

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems	seit 1993
von Navarini Elsbeth, Unternehmensberatung, Chur, Vizepräsidentin	seit 1995
Jeker Leo, Savognin Bergbahnen AG, Landquart, Vizepräsident	seit 1987

b) Mitglieder

Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Bontognali Livio, Coop Ostschweiz, Gossau	seit 1997
Conrad Ami jun., A. Conrad AG, Andeer	seit 1975
Heiz Karl, Rätia Energie AG, Poschiavo	seit 1993
Issler Jörg, Sanitär und Heizung, Davos	seit 1991
Lebrument Hanspeter, Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur	seit 1996
Monsch Rico, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 1995
Parli Roman, Pontresina	seit 1996
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Tribolet Walter, Autocenter Tribolet AG, Chur †	seit 1996
Wyssling Josef, KMU Strategie, Chur	seit 1993
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

Vom Vorstand gewählt

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Baffioni Elio, deep AG, Chur	seit 1998
Benz Hansruedi, Fleischtrocknerei Churwalden AG, Churwalden	seit 2002
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004

Caprez Christoph, Frostag Food Centrum AG, Landquart	seit 2002
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur	seit 2005
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004

Rechnungsrevisoren

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol, Nold & Partner AG, Chur	seit 2002
André Thomas, Müntener & Thomas Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur	seit 2002

Stellvertreter

Marc Eckold, Eckold AG, 7203 Trimmis	seit 2002
--------------------------------------	-----------

Sekretariat

Sekretär

Dr. iur. Marco Ettisberger, Rechtsanwalt und Notar, Chur	seit 1985
--	-----------

Beglaubigungsdienst

Diana Brändli, Chur
Claudia Bulach, Malix
Sinaida Schlegel-Foresta, Chur
Marina Joos, Untervaz

Kommissionen

VEU (Verkehr, Energie und Umwelt)

Belloli Edy, Conrad Ami, Heiz Karl, Issler Jörg, Jeker Leo, Locher Ludwig, Tribolet Walter †
--

ASBIK (Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation)

Dr. Attinger Bruno, Baffioni Elio, Bontognali Livio, Parli Roman
--

TOURBO (Tourismus, Boden, Planung, Land-und Forstwirtschaft)

Baffioni Elio, Conrad Ami, Müller Reto, Jeker Leo, Monsch Rico, Parli Roman, Schnoz Christian

FIWIS (Finanzen, Wirtschaft, Steuern)

Dr. Attinger Bruno, Heiz Karl, Locher Ludwig, von Navarini Elsbeth, Wyssling Josef

**Delegationen****Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie**

Ludwig Locher, Präsident, Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Jakob Berger, Leo Jeker, Christian Schnoz, Mitglieder; Jürg Poppel, Rudolf Zanolari, Ersatzmitglieder

**Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG)**

Leo Jeker, Präsident; Roman Parli

Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Marcel Engler (Manor), Vizepräsident

Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Locher (Graubündner Zahnärztesgesellschaft)

**Interessengemeinschaft kaufmännische
Grundausbildung Graubünden (IGKG)**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschulrat Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident; Hanspeter Lebrument

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Ludwig Locher

Institut für berufliche Weiterbildung (IBW)

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Fachbeirat KMU-Zentrum

Dr. iur. Marco Ettisberger

Steering-Committee E-Tower

Rico Monsch, Dr. iur. Marco Ettisberger

Tourismuskommission economiesuisse

Leo Jeker, Dr. iur. Marco Ettisberger

Programmkommission Radio Grischa, Radio Piz und Tele Südostschweiz

Leo Jeker

Tripartite Kommission Regionale Arbeitsvermittlung/Logistik

Arbeitsmarkt

Dr. iur. Adriano Oswald (GKB)

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Redaktion «Puls»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Markenrat «Marke Graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger, Christian Morf (Ems Chemie AG)

Kerngruppe Umsetzung Wirtschaftsleitbild Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Wirtschaftsforum Graubünden

Karl Heiz, Leo Jeker, Hanspeter Lebrument, Ludwig Locher, Elsbeth von Navarini

Internationale Regierungskommission «Alpenrhein»

Leo Jeker

Zum Gedenken an Dr. iur. Hans Andrea Tarnutzer 1917 – 2006



Am 19. April 2006 verstarb unser Ehrenmitglied Dr. iur. Hans Andrea Tarnutzer im Alter von 89 Jahren. Er war während 36 Jahren Sekretär von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden.

Dr. Hans Andrea Tarnutzer wurde am 20. Januar 1917 in Schiers geboren. Nach Abschluss seines Jura-Studiums in Bern wählte ihn die Regierung des Kantons Graubünden im Jahre 1946 zum Departementsekretär. Im Jahr 1949 bot sich ihm die Gelegenheit, die Sekretariate von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden (damals Bündner Handelskammer) und des Hoteliervereins Graubünden zu übernehmen. Dies veranlasste ihn, aus den Diensten des Kantons auszutreten und in Chur eine eigene Kanzlei als Rechtsanwalt und Notar zu eröffnen. Von 1951 bis 1969 gehörte er dem Grossen Rat des Kantons Graubünden an; im Jahre 1968 wurde er zum Landespräsidenten gewählt.

Dr. Hans Andrea Tarnutzer erlebte während seiner 36-jährigen Tätigkeit als Sekretär 4 Präsidenten. Während dieser langen Zeit hat er sich so ein sehr grosses Wissen über die Bündner Wirtschaft angeeignet und fundierte

Kenntnisse über die Wirtschaftspolitik des Kantons, aber auch der Bedürfnisse der hier tätigen Unternehmer erlangt. Dank seines jahrzehntelangen Einsatzes ist es ihm gelungen, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden zu einem wichtigen Wirtschaftsverband aufzubauen, dessen Vernehmlassungen auch auf schweizerischer Ebene ernst genommen und beachtet wurden. Er hat auch in heiklen Situationen seinen Humor nicht verloren, der ihn, gepaart mit seinem Verhandlungsgeschick, zum Erfolg führte.

Dr. iur. Marco Ettisberger
Sekretär Handelskammer und
Arbeitgeberverband Graubünden

